



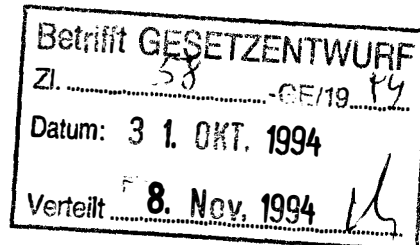
15/SN-356/ME

An das
Bundesministerium für Inneres

Abteilung für Bildungspolitik
und Wissenschaft

Postfach 100
1014 Wien

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien, Postfach 108



Ihre Zahl/Nachricht vom
42.101/11-IV/6/94, 23.8.1994

Unsere Zahl/Sachbearbeiter
Wiss 192/94/DrHö/SM
Dr Herwig Höllinger

Tel: +43(1)50105/4083
Fax: +43(1)50206-281

Datum
19.10.1994

Betrifft: Entwurf einer Europawahlordnung (EuWO)
sowie eines Europa-Wählerevidenzgesetzes (EuWEG)

Die Wirtschaftskammer Österreich nimmt zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament (Europawahlordnung - EuWO) sowie des Bundesgesetzes über die Führung ständiger Evidenzen der Wahl- und Stimmberechtigten bei Wahlen zum Europäischen Parlament (Europa-Wählerevidenzgesetz - EuWEG) wie folgt Stellung:

Grundsätzlich bestehen gegen die vorliegenden Gesetzesentwürfe keine Bedenken.

Begrüßt wird die im allgemeinen Teil der Erläuterungen zur Europawahlordnung zum Ausdruck gebrachte Intention, im Interesse einer einwandfreien und unmißverständlichen Lesbarkeit auf Verweisungen auf die Nationalratswahlordnung zu verzichten. Bedauert wird allerdings, daß dieses Vorhaben nicht durchgängig verwirklicht wurde. So erscheint es etwa der leichten Lesbarkeit nicht zuträglich, in § 1 der Europawahlordnung die Zahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten nicht zu nennen und gleichzeitig auf einen Verweis auf Art 11 der Beitrittsakte zu verzichten. Eine Ergänzung des Gesetzestextes um die Anzahl der Abgeordneten würde die Verständlichkeit merklich erhöhen.

Überlegenswert wäre allenfalls, für die Wahl der von Österreich zu entsendenden Abgeordneten zum Europäischen Parlament erstmals ein Briefwahlsystem vorzusehen, das den Bedürfnissen einer mobilen Gesellschaft eher gerecht wird als das konzipierte Wahlkartensystem.

Hochachtungsvoll

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Der Präsident:



Leopold Maderthaner

Der Generalsekretär:



Dr Günter Stummvoll